

Beschluss Nr. 853/2021

Schwyz, 7. Dezember 2021 / jh

Motion M 6/21: Feuerwehersatzabgabe: Unnötigen administrativen Aufwand für die Gemeinden reduzieren

Beantwortung

1. Wortlaut der Motion

Am 29. Juni 2021 haben Kantonsrätin Prisca Bünter und Kantonsrat Dr. Guy Tomaschett folgende Motion eingereicht:

«Die Feuerwehren im Kanton Schwyz leisten einen wichtigen Beitrag im Rahmen des Bevölkerungsschutzes. Sie leisten freiwillig Hilfe bei Bränden, Unfällen, Überschwemmungen oder anderen elementaren Ereignissen. Die Finanzierung des Feuerschutzes wird insbesondere durch die Ersatzabgabe gesichert. Feuerwehrpflichtige, die keinen Feuerwehrdienst leisten, haben in der Wohnsitzgemeinde eine jährliche Ersatzabgabe zu entrichten (§ 38 Abs. 1 des Feuerschutzgesetzes vom 12. Dezember 2012 [FSG; SRSZ 530.110]).

Die Entrichtung der Feuerwehersatzabgabe führt bei den Gemeinden des Kantons Schwyz jährlich zu einem grösseren administrativen Mehraufwand. Während für die Bundes-, Staats-, Bezirks- und Gemeindesteuer für die Steuerpflicht der 31. Dezember (Stichtag) massgebend ist und unter dem Jahr keine Pro-Rata-Berechnung erfolgt, ist bei der Feuerwehersatzabgabe die Abgabe unterjährig von der Gemeinde zu veranlagern. Denn besteht die Abgabepflicht nur während eines Teils des Jahres, ist die Ersatzabgabe anteilmässig geschuldet (§ 38 Abs. 2 FSG). Das heisst, erfolgt unter dem Jahr ein Wohnortwechsel, muss die Wegzugsgemeinde die Feuerwehersatzabgabe anpassen, sprich eine Teilrechnung erstellen, und die Zuzugsgemeinde eine Pro-Rata-Rechnung für den verbleibenden Jahresteil ausstellen. Eine weitere Anpassungsrechnung für die Ersatzabgabe folgt zudem noch bei der definitiven Steuerveranlagung (Reduktionsbuchung).

Diese gesetzliche Grundlage zur Ersatzabgabe verursacht in den Gemeinden einen unnötigen administrativen Mehraufwand. Der Aufwand verursacht unsinnige Verwaltungskosten. Die unterjährige Teilrechnungsstellung bei Wegzug in eine andere Gemeinde soll wegfallen. Massgebend für die Entrichtung der Abgabe sollen, wie bei den Steuern, die Verhältnisse am 31. Dezember (Stichtag) sein. Die Ersatzabgabe soll vollständig derjenigen Gemeinde entrichtet werden, in der man am Stichtag seinen Wohnsitz hatte. Demzufolge ist § 38 Abs. 2 FSG aufzuheben.

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit der die unterjährige Rechnungsstellung und Pro-Rata-Zahlung bei der Feuerwehersatzabgabe ersatzlos gestrichen wird. Die vollständige Feuerwehersatzabgabe soll vom Ersatzpflichtigen an diejenige Gemeinde entrichtet werden, in der er am 31. Dezember Wohnsitz hatte.

Wir danken dem Regierungsrat und bitte um Behandlung dieses Anliegens.»

2. Antwort des Regierungsrates

Gemäss Art. 3 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV, SR 101) sind die Kantone souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist; sie üben alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen sind. Das Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden vom 14. Dezember 1990 (StHG, SR 642.14) richtet sich an die kantonalen und kommunalen Gesetzgeber und schreibt diesen vor, nach welchen Grundsätzen diese die Steuerordnung bezüglich Steuerpflicht, Gegenstand und zeitlicher Bemessung der Steuern, Verfahrensrecht und Steuerstrafrecht festzulegen haben. Da das StHG somit nur direkte Steuern erfasst, sind die Kantone frei, in anderen Bereichen abweichende Regelungen aufzustellen, namentlich im Feuerschutzbereich und dessen Bemessungsperiode.

Das Feuerschutzgesetz vom 12. Dezember 2012 (FSG, SRSZ 530.110) sieht in § 38 Abs. 2 vor, dass eine anteilmässige Ersatzabgabe geschuldet ist, wenn die Abgabepflicht nur während eines Teils des Jahres gegeben ist. In Anlehnung an das StHG stellen die meisten Kantone für die Berechnung und den Bezug der Ersatzabgabe die Verhältnisse am 31. Dezember des vorausgehenden Jahres ab. Eine Verpflichtung hierzu besteht jedoch nicht. So haben neben dem Kanton Schwyz beispielsweise auch die Kantone Graubünden und Freiburg die pro rata temporis Regelung gewählt.

An einer pro rata temporis Regelung ist grundsätzlich nichts auszusetzen. Bis zur Inkraftsetzung des StHG war diese Regelung unbestritten, bei einem Umzug in einen anderen Kanton musste eine zusätzliche Steuererklärung ausgefüllt werden und die Steuerberechnung erfolgte aufgrund der tatsächlichen Dauer der Wohnsitznahme. Diese im Grundsatz gerechteste Regelung wurde ausschliesslich deshalb aufgegeben, um die administrativen Aufwendungen für Bürger und Behörden zu reduzieren.

Abklärungen mit verschiedenen Gemeinden bzw. Eingemeindebezirken haben ergeben, dass das System steht und in der Anwendung zu keinen Problemen führt. Selbstverständlich ist die pro rata Erhebung komplexer. Ist jedoch die entsprechende Informatik einmal eingerichtet und die Prozesse sind etabliert, ist es am Effizientesten, das bisherige System fortzusetzen. Es ist mehr als fraglich, ob der Aufwand für eine Umstellung der etablierten Systematik durch den gewonnenen Nutzen aufgewogen würde. Zudem führt ein Gemeinde- bzw. Kantonswechsel bei den Ersatzpflichtigen zu keinen Ungerechtigkeiten. Es ist deshalb angezeigt, am bisherigen System festzuhalten.

Beschluss des Regierungsrates

1. Dem Kantonsrat wird beantragt, die Motion M 6/21 nicht erheblich zu erklären.
2. Zustellung: Mitglieder des Kantonsrates.
3. Zustellung elektronisch: Mitglieder des Regierungsrates; Staatsschreiber; Sekretariat des Kantonsrates; Sicherheitsdepartement.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber